

Nach den Umbrüchen in Osteuropa Verlust der politischen Utopie?

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, geb. 1937 in Schwenningen, lehrt Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und ist Mitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie.

„Ich bitte den Leser, keine Botschaften zu suchen. Das ist ein Ausdruck, den ich ablehne, weil er mir großes Unbehagen bereitet; er zwingt mir Kleider auf, die nicht mir gehören, sondern zu einem Menschentyp passen, dem ich mißtraue: dem Propheten, dem Wahrsager, dem Seher. Ich bin kein solcher; ich bin ein gewöhnlicher Mann mit einem guten Gedächtnis, der in einen Strudel geraten ist und der ihm .mehr mit Glück als aufgrund eigener Leistung entrann. Seit dieser Zeit habe ich eine gewisse Neugier an Strudeln bewahrt, an großen und kleinen, an solchen im übertragenen Sinn und solchen, die aktuell passieren.“

Primo Levi.*

I.

Utopien, die wirklich geworden sind. Das ist es, was uns heute davon abschreckt, Fortsetzungen zu verlangen. Die nationalsozialistischen Konzentrationslager inmitten einer Großraumpolitik waren eine solche perfekt realisierte Utopie. Noch die ausgeschlagenen Zähne und die abgeschnittenen Haare wurden verwertet. Der stalinistische Archipel Gulag verkörperte eine solche Utopie. Millionen von Menschen wurden ihr geopfert.

Das sind facta brutalissima, die nicht umzudeuten sind. Sie lassen keinen naiven Neuanfang mehr zu. Eine Wiederherstellung des zuvor gegebenen Zustands ist nicht möglich - oder, wenn sie denn auch nur gedanklich möglich werden sollte, der Anfang neuer Schrecken. Alle Arten der Rechtfertigung greifen nicht. „Humanismus und Terror“ - das ist ein Unthema. „Alles fließt“, folgert Wassili Grossman in seiner eindringlichen, erst jetzt deutsch erschienenen gleichnamigen Erzählung, aus dem leninistisch-stalinistischen „fanatischen Glauben an die Allmacht des Chirurgenmessers“, „die Freiheit des Menschen steht über allem; es gibt auf der Welt kein Ziel, dem man die Freiheit des Menschen opfern darf“. Das *ens concretissimum*, die konkrete Einheit

* Das Motto habe ich dem Vorwort Primo Levis zur Sammlung seiner Kurzgeschichten entnommen, die in La Stampa erschienen sind. Primo Levi, der am 7. April 1987 den Selbsttod gewählt hat, gehört zu den wichtigsten Zeugen, die Auschwitz überlebt haben. Sein letztes wichtiges in deutscher Sprache erschienenes Buch: Die Untergegangenen und die Geretteten, München/Wien 1990. Das Zitat habe ich der englischen Ausgabe entnommen und übersetzt.

schlechthin, die hier und heute lebenden Personen, ihre Leiden und ihre Freuden, sie zählen zuerst und zuletzt.

II.

Auch wenn schon zuvor das Schlimmste gewußt werden konnte, alle Nachrichten nach dem Verbleichen des „realen Sozialismus“ machen das Schlimmste immer noch schlimmer. Steigerungen des Nicht-zu-Steigernden ereignen sich. Die Wirklichkeit überholt im Negativen, wie so oft, die Phantasie.

Ein harmloses Beispiel. Kein Blut klebt an ihm. Gerade deswegen spricht es Bände. Die Zeitschrift *Sinn und Form* berichtet in ihrem dritten diesjährigen Heft vom „Fall Heiner Müller“. 1961, kurz nach dem Mauerbau, wurde das Theaterstück Heiner Müllers mit dem Namen „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“, das gerade von einer Studentenbühne uraufgeführt worden war, zum „realsozialistisch“ inszenierten Skandal. Das parteiliche Inquisitionstheater trat an die Stelle des „wirklichen“, die „realsozialistische“ Augenmaßlosigkeit, ihr Wirklichkeitsverlust an die Stelle des Theaters. Welch ein Kontrollaufwand, welches Ausmaß an Denunziation und penibelgeschwätziger Maßlosigkeit. Hätte Paul Klee das geahnt, er hätte seine Zeichnung mit Massenformat versehen: „Zwei Herren einander in höherer Stellung vermutlich begegnen sich.“ Diese Dichter und Intellektuellen: Parteischugeregelt, selbst ein Franz Fühmann. Unter diesen Larven, seinerzeit wenigstens, nur eine fühlende Brust: Hans Mayer. Wie gesagt: „nur“ ein Theaterstück. Ein Mehrfachtheater. Ja, so spielen wir Tragödie, die Tragödie unserer Seele. Und dabei ein Brief, fast nicht weiter auffällig, wie dieser, der, Mitte Oktober 1961 geschrieben, weil er nötig und möglich wurde, alles sagt; eine Selbstbeziehung, versteht sich, Moskauer Prozesse in den sechziger Jahren sublim: „Wenn man zwar allgemein für den Sozialismus ist, unsere Entwicklung allgemein bejaht, aber nicht selber die konkreten Klassenkämpfe mitkämpft, ‚dabei ist‘, sondern mit einerseits‘ und andererseits‘ zwischen den Fronten laviert, verliert man im entscheidenden Augenblick die Richtung. So habe ich die Richtung verloren. Einem Schritt folgt der zweite, und dann ist der Boden unter den Füßen fort, ob man will oder nicht“ - so gesteht der Regisseur der Uraufführung gepeinigt vor der „Grundorganisation der SED am Theater der Bergarbeiter Senftenberg“. Ein System der Rückgratzerbröselung.

Jan Robert Bloch, der Sohn von Ernst Bloch, stellt in einem Aufsatz desselben Heftes, der für Vater und Sohn zugleich spricht, an Blochs Hoffungsphilosophie, sein utopisch nach vorn gerichtetes Noch-nicht, die Frage: „Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehören?“, kurz, er betrachtet eine radikal kritische und prophetische Philosophie, die lange Zeit mit dem stalinistischen „Sozialismus“ auskam, ganz und gar unaufmüpfig und parteigängerisch, mit eingeschlafenem Schwert der Kritik. Wie war unter welchen Voraussetzungen eine solcherart „ausgehängte Verantwortung“ möglich? „Der Staat“, die Partei, schreibt Grossman „hatte die ganze

Last der Verantwortung auf seine unbeugsamen Schultern genommen, hatte die Menschen von der Schimäre des Gewissens befreit."

III.

Heißt die Nachricht erfahren über die Untaten des „realen Sozialismus“, wie anders und zuvor über die des Nationalsozialismus, nun mit aller Kraft an dem festhalten, was „westlich“ ist; es gar zum „Projekt liberaler Demokratie“ aufblasen? O Wonnen der Gewöhnlichkeit; o Wonne, eins zu sein mit sich selber und dem So und Jetzt dieses liberalen, güterfühl'gen Kapitalismus.

Bevor man nach Osteuropa, zur ehemaligen DDR und ihren Bürgerinnen und Bürger zumal hinsieht, bevor man einschätzt, urteilt und vielleicht ein wenig lernt, sind die „westlich“ aufgewachsenen, die Bundesdeutschen vor allem gehalten, die doppelte Gnade einzusehen: die der berühmt-berüchtigten „späten Geburt“ ebenso wie die der anders lozierten. Sie, wie der Schreiber dieser Zeilen, können nicht umhin einzugestehen: Sie (wir) haben Glück gehabt. Offenkundig, das lehrt nun täglich die Erfahrung zwischen Ex-DDRlern und Alt-BRDlern, machen vierzig Jahre unterschiedliche Organisation einer Gesellschaft die Differenz ums Ganze. Denn die Tradition war bis 1945 dieselbe. Auch in Sachen Genstruktur, also Erbanlagen, dürften selbst biologistisch Besessene keine entscheidenden Differenzen vermuten. Darauf kommt es also lernend an, in seinem ganzen Umfang und das heißt mit Konsequenzen zu begreifen, wie definitionsmächtig für Bewußtsein und Verhalten organisatorische Umstände sind, das große und das kleine Wie einer Gesellschaft, kurz: ihre Verfassung in weiterem Sinne.

Ein Blick von dieser Einsicht aus auf die Verfassung der westlich kapitalistischen Länder einschließlich der der Bundesrepublik Deutschland dürfte kaum dazu führen, alle entscheidenden Angelegenheiten in bester Ordnung zu qualifizieren. Und selbst wenn einige sich soweit mit dem Hier und Heute wohlgefällig eins fühlen sollten, selbst dann müßten sie doch vor der am weitesten verbreiteten aller Utopien gewarnt werden, vor der Utopie des bleibenden und allenfalls besser werdenden Status quo, vor der Utopie des individuell und kollektiv unmöglichen „Verweile doch, du bist so schön.“

IV.

„Der Verlust der Utopie, die an das Verbrechen verloren wurde, wirft die Linke schutzlos auf die Problematik der eigenen Gesellschaft zurück“, also doziert Richard Wagner im 104. Kursbuch, in dem er „Für eine Linke ohne Sozialismus“ plädiert. Die Sprachdummheit der Formulierung reizt zum Sprachspiel. Denn wenn „der Verlust der Utopie“ an „das (realsozialistische) Verbrechen“ „verloren“ worden ist, dann ist offenkundig jetzt wieder Platz für Utopien, die keinem Verbrechen Tür und Tor öffnen. Darin liegt ein gutes Körnchen Salz. Der verlorene Alpdruck des „realen Sozialismus“ könnte in der Tat sozialistisches Denken zu neuer Phantasie befreien, wenn es sein

repressives Schulpensum nicht einfach verleugnete und wenn überhaupt noch Möglichkeiten und Notwendigkeiten dafür gegeben wären. Das bleibt allerdings die Frage.

In jedem Fall wäre es geradezu inhuman, die Verdammung des „realsozialistisch“ nicht in die herrschende Ideologie passenden Gedächtnisses durch die Verdammung allen utopischen Denkens zu ergänzen und sich damit ein weiteres Mal den „Systemkampf“ verdummend aufnötigen zu lassen. Utopisches Denken auf gelungenere gesellschaftliche Zustände hin ist nicht nur ungleich älter als all die schmalrationalen Planutopien der Moderne, die Automaten an die Stelle von Menschen aus Fleisch und Blut setzen ließen. Dieses utopische Denken in alternativen Entwürfen mit dem Bleigewicht des „alten Adam“ und der „alten Eva“ versehen, also nicht einfach radikal andere (Un-)Menschen unterstellend, ist vonnöten, um bestehende Schlechtstände kritisch über sich hinauszutreiben. Erforderlich ist es als Denken in menschlichen Ordnungen vor allem anderen, um gegen die gegenwärtig realisierten Mobilitäts- und Flexibilitätsutopien zu opponieren, die gesellschaftliche Zustände und menschliches Verhalten in Geschwindigkeitsstrecken und leistungssportliches Rennverhalten, als eine Art seelische Leichtathletik einrichten und eintrimmen. Die Arbeitswelt, längst eine Geschwindigkeitswelt, und das „management by stress“ bieten eine Fundgrube an Exempeln. In diesem Sinne werden Menschenrechte und Demokratie zur wahren Utopie. Folgte man ihnen, wie dies nominell heute fast überall geschieht, reell aber fast nirgendwo in ausreichendem Maße, dann würde bedacht, welcher sozialer Situationen, welcher sozialer Kontexte und Räume Menschen überall höchst konkret bedürfen, um die sie bestimmende Wirklichkeit als die „ihre“ aneignen zu können und die außendefinierten Situationen in solche breiter Mitbestimmung umzuwandeln vermögen. Auch die Länder, die (noch) eine liberaldemokratische Verfassung mit dem menschen- und bürgerrechtlich verbürgten Anspruch besitzen, daß jede Person in ihrer Würde und ihrer Integrität ernstzunehmen sei, müßten in ihren unkritischen Vertretern endlich einmal die Augen aufmachen - so sie noch Augen haben zu sehen und Ohren zu hören -, um nüchtern erschreckt festzustellen, wie meilenweit die liberale Demokratie von all ihren sinnvoll an sie zu stellenden Ansprüchen entfernt ist.

Die Utopie einer menschenrechtlich-demokratisch gestalteten Gesellschaft inmitten einer pluralen, aber gleichfalls menschenrechtlich-demokratisch gestalteten Welt würde gegen die gegenwärtig realisierte Utopie expansiven Wachstums, geschwind verkürzter Räume und aufgefressener Zeiten wirken, in der nur der Störfaktor Mensch zu langsam trottelt, wie in Walter Benjamins Vorstellung künftiger Revolutionen: „Marx sagt“, so schreibt er im Nachtrag zu den Thesen *Über den Begriff der Geschichte*, „Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“

Ist es in einem solch platzgeizigen Artikel geboten, an die enormen Kosten zu erinnern, die die Illusion (nicht zu verwechseln mit Utopie) des wohlgefälligen und „in der Struktur stimmigen“ Status quo westlicher, liberaldemokratisch verfaßter und angeblich marktwirtschaftlich organisierter Gesellschaften täglich erzeugt? Im Weltsüden, aber auch im Weltnorden in Form von Pflagenotstand, über Gewalt und Vorurteile aller Art, Ausländerfeindlichkeit, Drogensucht bis hin zu Armut und Slums inmitten des wegwerfkräftigen Reichtums? Wenn es denn angezeigt sein sollte, ließe sich triftig zeigen, daß all diese Probleme keine „läßlichen Sünden“ darstellen oder bald zu lösende Randprobleme, daß sie vielmehr ins funktionale Zentrum dieser Gesellschaften gehören. Diese und andere Probleme könnten nur angegangen werden, wenn die institutionellen Prozeduren gründlich umorganisiert würden - in Sonderheit in „Politik“ und „Ökonomie“.

V.

Wo aber sind die hauptsächlichen Aufgaben zu orten, die neue Konzepte erfordern, die es auch angezeigt sein lassen, nicht alle stimulierenden Erinnerungen an sozialistische Gedanken nach dem „realsozialistischen“ Grobtraktor nun mit dem kapitalistischen Feintraktor vollends beiseiteschaffen zu lassen? In der gebotenen Kürze wiederhole ich von anderen, teilweise auch von mir selbst an anderen Orten Gesagtes. Ich tue dies nicht nur aus Einfallslosigkeit, sondern weil „die“ Wirklichkeit nur dann neue „Theorien“ zuläßt, wenn sie sich ändert beziehungsweise, wenn sie im Groben zuvor verfehlt worden ist. Der modischen Liebe zu catchwords, die Gesellschaften mit immer neuem Wortglitzer, aber bleibendem Unverständnis umhängen lassen, möchte ich entsagen.

1. Um überhaupt die Bahn für einen nüchternen Problemblick und ratsame Lösungsversuche freizumachen, sind die geneigt-ungeneigten Leserinnen und Leser zu bitten, sich nicht von weitverbreiteten, aber ärgerlichen Naivismen betören zu lassen. Zu solchen Naivismen (um größeres Wortkaliber zu vermeiden) gehört in dem hier interessierenden Zusammenhang die den Kapitalismus aussparende Philosophie des „Als-ob“; als könne demokratische Freiheit und Gleichheit quer durch alle Institutionen erreicht werden, wenn man nur etwas weiter auf Wachstum und eine bessere Umverteilung setze; als passe die von Habermas und anderen aspetisch zweckrational als ein „System“ eingekastelte Ökonomie wundersam mit praktizierten Menschen- und Bürgerrechten zusammen; als dürfe man mit sorgenfaltigem Gesicht und gef ahrraunendem Timbre in der Stimme von ökologischen Problemen reden und vom kapitalistischen Wachstum schweigen; als wären habhafte innergesellschaftliche Reformen möglich, ohne die mehr und mehr offene europäisch-weltmarktklaffende „Flanke“ zu berücksichtigen; als falle in diesem Sinne „europäisch“ von vornherein mit übernational und demokratisch „progressiv“ zusammen; als sei heute eine freie Marktwirtschaft, in der alle eine gleiche Chance besitzen, gegeben; als befänden wir uns westeuropäisch

mitten in einer „zivilen Gesellschaft“ und komme es nun nur darauf an, den Osteuropäern in dieses edle Stadium des erneuerten Besitzindividualismus hineinzuhelfen (wohlgemerkt: Der Terminus der „zivilen Gesellschaft“, besser noch ist man dran, wenn man den englischen Ausdruck benutzt, gehört trotz aller meist vergessenen Tradition zu den am wenigsten auf seine organisatorischen Voraussetzungen und seine Formelemente hinterfragten Beifallsbegriffen dieser Tage).

2. Grenzen sind ein gesellschaftliches Problem von Anfang an. Gesellschaft entsteht durch Eingrenzung (Max Weber nennt diesen Vorgang „Schließung“). Dadurch entstehen die Probleme der Eingrenzung, der Ausgrenzung und der Grenzüberschreitung. Ein Gutteil der Geschichte der Moderne besteht in der expansiven Grenzverschiebung mit gewalttätigen Mitteln und der zentralstaatlichen Eingrenzung, die unter anderem zur heute noch bestimmenden Kluft zwischen Bürger- und Menschenrechten beiträgt. Teils parallel, teils im Gegensatz dazu entwickelt sich bekanntlich der moderne Kapitalismus tendenziell grenzenlos. Er führt in seinem Marschgepäck das „Weltsystem“, den Weltmarkt mit sich. Die dadurch bewirkte Entgrenzung, in deren dynamischer Mitte wir heute leben, hat eine früher unvorstellbare Güterfülle produzieren lassen und hat außerdem zu einem menschenrechtlich nicht zu unterschätzenden Wert der Mobilität von Menschen geführt, mit einem freilich nicht zu verkennenden, in sich ambivalenten Doppelcharakter: einer erweiternden und zerstörerischen Mobilität hier, die am oberflächlichsten am internationalen Urlaubsverkehr abgelesen werden kann; einer negativen Mobilität als Flucht, die der Enteignung ganzer Regionen und der Wohlstandsdichte folgt.

In diesem Zusammenhang tippe ich nur ein, meines Erachtens *das* zentrale gesellschaftlich-politische Verfassungsproblem der Gegenwart an: Wie lassen sich selbst nur repräsentativ-demokratische politische Formen mehr als symbolisch funktionstüchtig aufrechterhalten, wenn die hauptsächlichsten Definitionen gesellschaftlicher Wirklichkeit außerhalb der einzelstaatlichen Grenzen geschehen? Oder knapper ausgedrückt: Was geschieht mit demokratischer Beteiligung und Repräsentation, wenn der Demokratie „der Raum ausgeht“? Beispiele für den angedeuteten Vorgang des Entschwindens der Politik lassen sich aus dem Bereich von Ausbildung, Forschung und aus dem Arbeitsmarkt mühelos heranschleppen.

3. Wachstum heißt das Losungswort unter allen Mächtigen dieser Erde und solchen, die es werden wollen - faktisch also aller Ländern und ihrer Repräsentanten. Doch so faszinierend dieses Wachstum sich ansieht und allen Bessergestellten, einschließlich des Autors, neue Möglichkeiten eröffnet, so wenig lassen sich die am Anfang der neueren ökologischen Debatte von Knapp beobachteten negativen „externen Effekte“ übersehen. Diese bestehen nicht nur, längerfristig gesehen nicht einmal primär, in den Folgen für die „äußere“ Ökologie, allzu schlicht als „die Natur“ bezeichnet. Sie sind vor allem sozial festzumachen. Diese sozialen Folgen beginnen bei der inneren Organisation

der kapitalistischen Ökonomie, ihrer machtvollen Verherrschaftlichung in transnationalen Unternehmen mit „globaler Reichweite“ (Barnet/Mueller). Die Folgen zeigen sich weiter an der nahezu restlosen Aufsaugung des Faktors Arbeit, sprich der Arbeitenden, da geringste Effektivitätsdifferenzen Konkurrenzvor- beziehungsweise -nachteile zur Folge haben können. Die Auswirkungen sind schließlich, ich muß es bei dieser pauschalen Andeutung belassen, in der privatistischen Zersplitterung (Dissoziation) der Gesellschaft insgesamt und darin zu sehen, was ich die geradezu universelle „Versportlichung“ der Gesellschaft nenne: jeweils individuell höher, schneller, weiter mit kaum zu kalkulierenden, auf Schritt und Tritt begegnenden Kosten solcher dynamisch institutionalisierten Asozialität.

4. Die Moraldebatte hat Konjunktur. Rationale Verhaltenstheorien suchen herauszufinden, wie es geschafft werden könnte, daß sich Menschen im Durchschnitt mehr um ihre Zukunft und um andere kümmern. Außerdem, versteht sich, soll das „Prinzip Verantwortung“ überall sein Zepter schwingen. Ist solch argumentierendes Suchen nicht erfreulich? Meist leider nein. Denn diese Debatte läßt, im Unterschied zu allem altertümlichen sozialistischen Anarchismus von Gerrard Winstanley, einem vergessenen Gegenspieler von Hobbes und Locke, bis hin zu Peter Kropotkin, Gustav Landauer und vielen anderen, so blauäugig auch manche von deren Vorstellungen gewesen sein mögen, ihrerseits penetrant naiv alle Ursachenanalyse aus und bedenkt die institutionellen Formen nicht, deren solches anderes und verantwortlicher gewünschtes Verhalten bedürfte. Diese liberalkapitalistische Gesellschaft lebt in praktisch allen ihren Institutionen vom permanenten Appell, wenn schon nicht an den „inneren Schweinehund des Menschen“ (Kurt Schumacher), so doch an sein höchst begrenztes, meist kaum selbst verstandenes, sondern aufgenötigtes Privatinteresse. Sacro egoismo, freilich ohne Ich-Steuerung im Sinne Freuds und seiner Fähigkeit zur Sublimation. Diese „Logik“ individuellen und additiv kollektiven Verhaltens aber ist Ausdruck der oben genannten Probleme, insbesondere der Freisetzung der externen Faktoren, und verstärkt ihrerseits dieselben. Fast ist es ein Wunder, daß es noch so viele soziale Bewegungen und Proteste gibt.

VI.

Wie soll dieser vielgipflige Probleberg ohne Steigeisen und Seil bezwungen werden? Es gibt keine Königsroute. Abschüssige Abgründe drohen beiderseits krummsteiler Wege. Einige Richtungsschilder sind aufzustellen:

1. Würde von materiell-institutionell verstandenen Menschenrechten und demokratischen Formprinzipien ausgegangen, wäre es höchste Zeit, Zukunftskonzepte zu entwickeln und diskutierend zu korrigieren, die der Zusammensicht gegenwärtiger Probleme standhielten und vom Prinzip der „aktiven Gesellschaft“ geleitet würden. Da die Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften selbst offenbar zu „professionell idiotisierend“ funktionieren, müßte ihnen und anderen programmatisch (und damit auch analytisch und theore-

tisch) durch entsprechende Reorganisation und Förderung in dieser Richtung aufgeholfen werden. Entsprechend wäre es geboten, daß kräftige Institutionen, zum Beispiel die Gewerkschaften, sich freier und zielgerichteter tummeln, als dies trotz mancher guten Bemühung der Fall ist. Es ist insgesamt negativ faszinierend, wie sehr die meisten großen Organisationen allen Planungen zum Trotz in den Tag hineintappen und auf die „hidden hand“ vertrauen.

2. Eine Verfassungsreform größeren Umfangs, als sie gegenwärtig in der Bundesrepublik diskutiert wird, stünde an. Diese Reform müßte, soweit dies durch institutionelle und prozedurale Vorgaben möglich ist, drei schwierige Probleme wenigstens einigermaßen zu gestalten suchen: Zum ersten käme es darauf an, Bürger durch ein qualitatives Mehr an Teilhabe politische Bürger sein beziehungsweise werden zu lassen, das heißt die Chancen der lokalen, regionalen und alle Institutionen, einschließlich der Bürokratie, betreffende Teilnahme drastisch zu verbessern. Nur durch solche Nahveränderungen könnte gehofft werden, daß die Ausdehnung der Räume nicht vollends zur Orientierungslosigkeit und lähmenden Ohnmacht führt. Zu reorganisieren wäre nach Maßgabe eines politischen Subsidiaritätsprinzips.

Zum zweiten: Es geht nicht an, unbeschadet aller feinmaschigen Verrechtlichung (die freilich teilweise die Rechtsunsicherheit und das Belieben aller Exekutiven steigert), das herkömmliche Verhältnis von „öffentlich“ (= staatlich) und „privat“ beim alten zu lassen. Veränderungen sind sowohl aus Gründen des gerade hier ungleichen Geschlechterverhältnisses vonnöten; Veränderungen bedarf es aber vor allem in Richtung auf gesamtgesellschaftlich einschlägige Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Der privatkapitalistische Urschrei, die „freie Marktwirtschaft ist in Gefahr“, ist schon deswegen ganz und gar unangebracht, weil gerade in diesen Bereichen von Marktregulierung unter Gleichen und Freien nicht die Rede sein kann. Die Hauptfrage lautet: Wer betreibt welche Art von öffentlicher oder geheimer Politik und wie wird sie betrieben? Erwähnt sei auch, daß die Wissenschafts- und Technologieentwicklung endlich in ihrem Politikum entdeckt und entsprechend öffentlich kontrollierbar gestaltet werden muß. Zum dritten ist es darum zu tun, das Verhältnis Einzelstaat, zum Beispiel von Bundesrepublik und Europäischer Gemeinschaft oder darüber hinaus zu Weltmarkt/Weltmächteinrichtungen gründlich neu zu regeln und für demokratische „checks and balances“ zu sorgen. Die herkömmlichen Verfassungen werden gegenwärtig nominell und mehr noch reell von der transnationalen Seite her mehr und mehr ausgehöhlt.

3. Dritte Wege sind, zum Teil begründet, verpönt. Unbegründeterweise wird aber das sehr ungleiche Privateigentum als solches liberalkapitalistisch vollends zum Prinzip aller Prinzipien gemacht, da sich doch im „realsozialistischen“ Scheitern gezeigt hat, daß das Eigentum als solches, vor allem das Eigentum an Produktionsmitteln nicht den entscheidenden Faktor darstellt. Die Organisation, die Verfügungsrechte, die positiven Sanktionen in Form von

Geld und anderen reputierlichen Gütern sind es, die zählen. „Realsozialistisch“ trug vor allem das radikale Manko an Demokratie und Menschenrechten zum Scheitern bei.

Ausschlaggebend für die Zukunft ist jedenfalls, ob und inwiefern es gelingt, daß einzelne Gesellschaften, einzelne Länder, sich nicht nur kräftig mitrudern auf dem schneller werdenden Strom weltmärklicher Konkurrenz treiben lassen, sondern daß die wissenschaftlich-technisch-wirtschaftliche Entwicklung als „unser Schicksal“ auch politisch gestaltet wird. „Politisch gestalten“ meint hier nicht, daß nun ein staatlich-bürokratisches Ungeheuer zu schaffen wäre. Seine Spuren schrecken. Die institutionelle Eigenständigkeit diverser Organisationen, so auch der Ökonomie wäre prinzipiell zu erhalten. Zugleich aber gälte es, Ideen zum Beispiel von Karl Polanyi aufgreifend und fortführend, dem Markt zu geben, was des Marktes ist, und einer durchsichtigen und plural abgestimmten politischen Steuerung zu geben, was einer sich selbst ernstnehmenden Gesellschaft ist. Selbstverständlich müßte für eine Politische Ökonomie mit vielen Marktflecken die staatliche Seite kräftig reformiert werden, wie die privatwirtschaftliche Seite in ihrer behaupteten Zweckrationalität und Sachzwangsgebottenheit zu entmystifizieren wäre. Insgesamt käme es auch hier auf eine große, zum Teil experimentelle Verfassungsreform an.

4. Das größte Problem aller notwendigen Reformen besteht darin, gesellschaftliche Träger dafür zu finden. So sehr man zeigen können mag, daß diese Reform im „objektiven Interesse“ der meisten Bürgerinnen und Bürger ist, so sehr ist doch einzusehen, daß die alte Schwierigkeit alle Reform blockiert: Wie soll durch eine Reform verändertes Verhalten bewirkt werden, wenn die Reform zuallererst dieses veränderte Verhalten voraussetzt. Marx und seine Nachfolger haben dieses Problem mit geschichtsphilosophischem Glauben und mit der Brechstange zu lösen versucht. Human bleibt nichts als Überzeugungsarbeit und noch einmal Überzeugungsarbeit; außerdem glimmt die Hoffnung, daß einzelne Organisationen, vielleicht die Gewerkschaften, bemerken, wie sehr ihr Organisationsinteresse mittelfristig mit habhaften Reformen verbunden ist.

VII.

„Die Probleme dieser Zeit“, so schreibt Richard Wagner im erwähnten Aufsatz, „schälen sich nun aus ihrem ideologischen Panzer, und fast alle erscheinen im schonungslosen Licht ihrer Unlösbarkeit, von der Flüchtlingsfrage bis zur Müllbeseitigung. Während die Unlösbarkeit der Probleme en passant die Unauflösbarkeit der Welt in einem Weltbild demonstriert, treffen sich ‚linke‘ Opportunisten (...).“

Mir geht es hier nicht um Wagners begründet unbegründete Linkenschelte, durchgehend vorgetragen mit dem undifferenzierten bestimmten Artikel „die“, ein Phantom ohnehin. Ich will das in der zitierten Passage Aufscheinende aufgreifen. Gewiß: Politik ist, wie jeder getreue Weber-Schüler weiß,

das langsame Bohren harter Bretter. Wagner und andere, die in eine ähnliche Kerbe schlagen, die sich verständlicherweise gegen alle Arten von ideologischen Brettern vor den Köpfen und entsprechend steinern gemachten Herzen wehren, schütten dennoch das bekannte Kind mit dem Bade aus. Zum einen tun Wagner und Genossen/Genossinnen so, als bestünde *die* Wirklichkeit einfach gegeben und wirkte nicht immer die sozialkognitive Konstruktion derselben mit: Was man für selbstverständlich hält, welche Begriffe man gebraucht, welche Informationen man aus der unendlichen Fülle auswählt und so weiter. Zum anderen aber verkennen diese „Wirklichkeitsgesinnten“ (Musü) und neuen „Realpolitiker“, wie stark, ja wie entscheidend die Chance von Problemlösungen vom Welt- und Wirklichkeitsbild abhängt, von den Motiven auch, die es auslöst. Und hier sind mehr denn je die „Möglichkeitsgesinnten“ gefragt. Sonst stehen wir alle wie der Ochs vor dem Problemberg. Um aber solche Ochsenhaftigkeit zu vermeiden, bedarf es einer utopischen Orientierung, die nicht von der „Ausgrenzung des Wirklichen“ (Jan Bloch) lebt; eine Orientierung, die keine kopfentlastende Identifikation bedeutet, sondern die jederzeit die Ambivalenzen der Gegenwart ebenso wahrnimmt wie die Ambivalenzen alternativer Zukunft. In diesem Sinne bleibt die Eigen-gestaltung der Gesellschaft in Politik und Ökonomie die große Orientierung; menschenrechtlich vertäut; radikaldemokratisch geformt. Ohne eine Politik in diese Richtung droht der befreiende Kapitalismus in wachsendem Maße eine „trockene Freiheit“ (Gottfried Keller) zu bieten, eine, die der Personen nicht bedarf, sondern allein der schnellen Konsumenten und der geschwinden, ihre Fertigkeiten jederzeit flexibel verlierenden Arbeitenden, nicht zu reden vom weltweit brodelnden Bauch voll von Aggressionen und dem technischen Ersatz sozialer Formen.